

Verpasste Chance

Berliner Integrationsstudie zeigt nur die halbe Wahrheit

■ Thomas Kunz

»Selber Schuld« scheint die Botschaft einer Studie und ihrer Rezeption zu sein, die sich vor allem mit den in Deutschland lebenden Menschen mit türkischem Migrationshintergrund beschäftigt. Beim Urteil über die »Menschen mit Migrationshintergrund« gerät die Aufnahmegerügsellschaft aus dem Blick.

Anfang des Jahres legte das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung seine Studie »Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland« vor. Die Ergebnisse fanden bundesweit große Beachtung.

Die Studie wartete mit plakativen und zuspitzenden Ergebnissen in Bezug auf den Integrationsstand bestimmter Nationalitätsgruppen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf. Ihr mediales Echo lässt Rückschlüsse auf die Bedeutung integrationspolitisch relevanter Forschungs- und Umfrageergebnisse zu. Allerdings nicht notwendig auf die grundsätzliche Bedeutung solcher Ergebnisse, sondern insbesondere auf eine Bereitschaft der Öffentlichkeit, in den Medien vor allem Deutungsangebote exponiert zu würdigen, welche geeignet sind, gesellschaftlich und institutionell vorgegebene Rahmenbedingungen von Integrationsprozessen in Verantwortungszumutungen an Zuwanderer zu transformieren.

Ausgangspunkt der Studie war ein vom Berlin-Institut identifiziertes Erkenntnisdefizit: »Wer wie gut in Deutschland angekommen ist, wo die gut Integrierten leben und wer die Abgehängten sind, ließ sich mit den Daten, die in Deutschland bisher zur Verfügung standen, nicht beantworten.« (Woellert u. a. 2009, 5).

Prof. Dr. Thomas Kunz ist Vertretungsprofessor an der Fachhochschule Frankfurt am Main für das Fachgebiet »Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft«. E-Mail mtkunz@fb4.fh-frankfurt.de

Auch sei eine vorurteilsfreie Diskussion bislang kaum möglich (vgl. ebd.). Demgegenüber beansprucht die Studie »mehr Klarheit in dieses Dunkel zu bringen« (ebd.). Klarheit, so ist zu konstatieren, bringt sie wohl, Licht und Vorurteilsfreiheit indessen nicht unbedingt: Stellenweise reproduziert und verstärkt die Studie problematische integrationspolitische Prämissen.

Es ist davon auszugehen, dass dies keine Fehler sind, sondern Hinweise auf integrationspolitische Grundannahmen, auf deren Basis die Studie und deren Verfasser operieren. Nachfolgend stehen demnach weniger die aus der Studie gezogenen Rückschlüsse im Mittelpunkt. Diese bekräftigen Bekanntes, so zum Beispiel den Rat, Integrationskonzepte maßgeschneidert und zielgruppendifferenziert anzubieten (vgl. ebd., 83 f.), das Bildungssystem zu reformieren (vgl. ebd., 84 f.) oder die Datenlage zu verbessern (vgl. ebd., 86).

Grundlage des in der Studie verwendeten »Index zur Messung der Integration« bilden 15 Indikatoren, die sich auf vier Bereiche erstrecken: »Assimilation«, »Bildung«, »Erwerbsleben«, »Absicherung«. Hinzu treten »dynamische Indikatoren«, die versuchen, das »zukünftige Integrationspotenzial einer Herkunftsgruppe« zu bewerten, denn der »wahre Erfolg der Integration einer Herkunftsgruppe wie auch der nationalen Integrationspolitik« zeige sich in Entwicklungen mit Blick auf die zweite Generation. Dieses Set umfasst fünf Indikatoren: »Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft«, »bikultureller Ehen«, »Personen mit (Fach-) Hochschulreife«, »Erwerbslosenquote« und »Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen«.

Die wissenschaftlich unterfütterten Bemühungen der letzten Jahrzehnte um eine differenzierte Betrachtung der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund – auch innerhalb einzelner, vermeintlich homogener und nach Nationa-

litäten geordneten Herkunftsgruppen –, wurden durch die Studie relativiert. Dies ist ein Rückschritt. Die Studie unterscheidet zwischen acht Herkunftsgruppen: »Aussiedler«, »Türkei«, »weitere EU-25-Länder«, »Südeuropa«, »ehemaliges Jugoslawien«, »Ferner Osten«, »Naher Osten« und »Afrika«.

Wohlgemerkt: Es ist nicht zu kritisieren, dass soziodemografische Daten an noch vorhandene oder ehemalige nationale oder regionale Herkunftsbezüge rückgebunden werden. Der gewählte Ansatz, die Gesamtgruppe der Menschen entlang nationalen Zugehörigkeitskriterien sowie regionalen und kontinentalen Zuordnungen zu differenzieren und in Teilgruppen zu gliedern, transformiert beim gewählten Thema »Integration« jedoch gesellschaftliche Integrationsbedingungen in ethnisch-national aufgeladene Problemlagen und evoziert diesbezügliche Kausalitäten, in dem die gewählten Zugehörigkeitskriterien (nationale, regionale und kontinentale Zuordnungen) als scheinbar verantwortlich für die Integrationsverläufe wahrgenommen werden.

Bei aller Kritik bleibt aber zu konstatieren: Hierin liegt zwar eine Defizit, zugleich ist es ein Verdienst, das Thema der Abbildungs- und Beschreibungsmöglichkeit von Integrationsprozessen mittels Integrationsindikatoren einmal mehr auf die öffentliche Agenda gesetzt zu haben und sowohl auf das grundsätzliche Erfordernis als auch auf deren Fallstricke aufmerksam gemacht zu haben.

Es handelt sich um ein Indikatorenrauster, welches auf die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund fokussiert. Was aus dem Blick gerät – und dadurch unterbewertet wird –, sind strukturelle Bedingungen auf Seiten der Aufnahmegerügsellschaft. Insofern sagen Studien wie die vorliegende wenig aus über den Integrationswillen von Menschen, viel aber über strukturelle Bedingungen, unter denen die Gesellschaft individuelle Integrationsprozesse ermöglicht.

licht. Oder inwieweit sie sehr wohl die Rahmenbedingungen für unterschiedliche Gruppen zu differenzieren weiß. Gerade hinsichtlich der Aussage, die für die Gruppe der Aussiedler getroffen wird (»Auf dem Weg zur Normalität«; ebd., 34), ist festzuhalten: Diese Gruppe wurde jahrzehntelang mittels eigens geschaffener politisch-institutioneller und struktureller Rahmenbedingungen – im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen – integrationspolitisch absichtsvoll begünstigt und bessergestellt.

Die Verfasser der Studie resümieren einleitend »zwei Fronten«, die sich in der Integrationsdebatte noch vor wenigen Jahren gegenüber gestanden hätten: »Auf der einen Seite diejenigen, welche die Notwendigkeit von Integration schlicht verleugneten und die Tatsache ignorierten, dass Deutschland längst zum Einwanderungsland geworden ist. Auf der anderen diejenigen, die zwar die Bedeutung der Zuwanderung [...] wahrnahmen, aber glaubten, durch falsch verstandene Multikulti-Toleranz sämtliche Hürden des Zusammenlebens von Zugewanderten und Einheimischen zu überwinden« (ebd., 4). Wirkliche Integration, so die Verfasser, wurde von keiner Seite gefordert und gefördert.

Dies ist eine simple Reduktion und fast schon tendenziöse Zurichtung einer wesentlich vielfältigeren und differenzierteren Positionspalette in der integrationspolitischen Debatte der letzten Jahrzehnte, ganz zu schweigen von der Breite und Differenziertheit engagiert-pointierter Fachdebatten. Allerdings, wenn man der Behauptung der Studie zu folgen bereit ist und die vermeintlichen Lager so holzschnittartig erscheinen lässt, lassen sich die Ausgangspositionen der Studie, deren Ergebnisse und die damit verbundenen integrationspolitischen Schlussfolgerungen freilich als ausgewogen darstellen sowie als scheinbar neutrale, weil wissenschaftlich fundierte Erkenntnisfortschritte vermarkten. Dass die Studie selber einem bestimmten Lager zuzurechnen ist, darauf weist zumindest die unkritische Übernahme eines in der Integrationsdebatte höchst umstrittenen Begriffes hin: Parallelgesellschaften.

Der affirmative Bezug auf den Begriff der »Parallelgesellschaften« und dessen fast schon ubiquitäre Verwendung in der Publikation irritieren. Die Verfasser unterschlagen, dass es sich bei diesem Be-

griff um eine politisch aufgeladene und nicht um eine analytische Kategorie handelt (vgl. hierzu beispielsweise kritisch Nowak 2007). Die im Glossar nachzulesende Definition in Gestalt einer lediglich vierzeiligen, wenig aussagekräftigen Paraphrase (vgl. Woellert u. a. 2009, 91) bestätigt diesen unsensiblen Umgang und belegt ungewollt die fehlende wissenschaftliche und empirische Fundierung dieses Begriffes. Immerhin: Er dramatisiert und sichert – auch dieser Studie – mediale Aufmerksamkeit.

Ist jeder seines Integrationsglückes Schmied?

Die Presse titelte unter Berufung auf die Studie unmittelbar im Anschluss u. a. »Für immer fremd« (Spiegel Online 2009). Es fällt auf, dass Ergebnisse, wie sie die Studie lieferte, gerne herangezogen werden, um endlich empirisch abgesichert über Integrationsdefizite bestimmter Zuwanderergruppen rasonnieren zu können. Auffällig ist auch, dass bei der Thematisierung sogenannter Integrationsprobleme vorherrschend die Migranten in den Blick genommen werden, um darüber zu befinden, ob sie es geschafft hätten, sich zu integrieren oder eben nicht. Integration wird nicht als sozialwissenschaftliche Kategorie verwendet, sondern als alltagspolitischer Allerweltsbegriff, der sich in das neoliberalen Mantra einreihet, welches gerne Eigenbemühen und Eigenverantwortung betont. Es geht darum, ob und »wie gut bestimmte Migrantengruppen [...] angekommen sind« (Woellert u. a. 2009, 5). Die Rede ist davon, »besonders problematische Gruppen zu identifizieren« (ebd.). Formulierungen wie »missglückte Integration« (ebd., 29) oder »noch immer nicht angekommen« (ebd., 36) lenken die Aufmerksamkeit auf individuelle Kompetenzen, auf Gewinner und Verlierer. Letztlich scheint jeder seines Integrationsglückes Schmied zu sein. Es geht wenig um problematische Bedingungen, sondern um problematische Gruppen.

Integrationserfolge werden somit als den Menschen mit Migrationshintergrund zurechenbare Erfolge eigener Bemühungen zugerechnet. Oder im gegenzeitigen Fall als Misserfolg oder mangelndes Bemühen, teils gar als Verweigerung (vgl. ebd., 85). Solch eine Sichtweise hat

umgekehrt Entlastungscharakter. Die in den letzten Jahren beobachtbaren Ansätze symbolischer Politik, wie die Integrationsgipfel im Kanzleramt, die Islamkonferenz oder die unverbindlichen und wenig quantifizierten Absichtserklärungen des Nationalen Integrationsplanes, die – so nützlich oder begrüßenswert sie ansonsten sein mögen – eher Publizitätserfolge als konkrete Integrationsmaßnahmen sind, werden als Belege dafür angeführt, dass die Aufnahmegesellschaft ihrerseits zwar nicht alles Nötige, aber doch schon eine Menge unternommen habe (vgl. ebd., 5). Und nun Menschen mit Migrationshintergrund um so mehr und guten Gewissens in die (Integrations-) Pflicht nehmen kann, wenn beispielsweise davon gesprochen wird, »von ihnen verlangen [zu] können, dass sie sich auf [...] Angebote einlassen und ihrer Bringschuld zur Integration nachkommen« (ebd., 8).

Wie lange hat man eigentlich einen Migrationshintergrund?

Auch wenn der noch junge Begriff »Migrationshintergrund« Lösungen für soziodemografische Beobachtungsprobleme anzubieten scheint, er ist eine Fremdzuschreibungskategorie (vgl. Hamburger 2005). Trotz der Erleichterung, mit dieser Kategorie nun endlich vermeintliches Licht ins Dunkel bevölkerungsstatistischer Beobachtungen in der Einwanderungsgesellschaft zu bringen, ist es an der Zeit, mit Blick auf den in der Studie, aber nicht nur dort, inflationär verwendeten Begriff kritische Fragen zu stellen. Weniger danach, ab wann denn eine Person über einen Migrationshintergrund verfügt, sondern zu reflektieren, bis wann Menschen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, mittels des Etikets »Migrationshintergrund« eine Staatsangehörigkeit zweiter Klasse zugewiesen werden soll.

Die Kategorie »Migrationshintergrund« folgt zunächst nur dem von Experten der Bevölkerungsstatistik und Akteuren mit integrationspolitischen Steuerungs- und Kontrollbedarfen erkannten Sachverhalt, dass angesichts der demografischen Entwicklung und der zunehmenden Integration und rechtlichen Inklusion (Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit, Einbürgerung) sogenannte

»Ausländer« langsam »unsichtbar« werden. Mittels der Kategorie Migrationshintergrund können sie statistisch wieder sichtbar gemacht werden.

Wenn für die zukünftigen Generationen derer mit Migrationshintergrund die derzeit geltende Definition »selbst zugewandert [...] oder [...] mindestens ein Elternteil zugewandert« (Woellert u.a. 2009, 91) nicht mehr greift, muss die Definition womöglich um die Großelterngegeneration usw. usf. erweitert werden. Denn dies wäre die notwendige Konsequenz, da perspektivisch erneut die bevölkerungsstatistische Unsichtbarwerdung droht. So folgt aus dem zunächst nachvollziehbaren und auch vom Autor an dieser Stelle ausdrücklich geteilten Erkenntnisinteresse, gesellschaftliche Integrationsprozesse zu dokumentieren und sozialwissenschaftlich beobachtbar zu machen, das Dilemma, jene Personen immer als Menschen mit Migrationshintergrund markieren und hervorheben zu müssen – und Integrationsprozesse hier-

durch zu konterkarieren. Die Studie, so ist anzumerken, erkennt diese Fragestellung durchaus an, verfolgt sie jedoch nicht weiter (vgl. ebd., 9).

Das Berlin-Institut betont die Erstmaßigkeit der Entwicklung eines integrationsbezogenen Index (vgl. ebd., 28). Demgegenüber ist zu konstatieren: Die Suche nach Integrationsindikatoren ist nicht neu, seit geraumer Zeit sind Bestimmungsversuche zu beobachten. Zahlreiche Akteure auf kommunaler, auf Bundesebene, aber auch auf europäischer Ebene arbeiten seit Längerem grundlagenorientiert und praktisch daran, vergleichbare Kennzahlen für einen jeweiligen Integrationsstand zu benennen (vgl. bspw. Filsinger 2008, Halisch 2008, Niessen u.a. 2007).

Einen Monat nach der hier im Mittelpunkt stehenden Studie des Berlin-Instituts wurde der Öffentlichkeit im Februar 2009 der sogenannte »IW-Integrationsmonitor« vorgestellt (vgl. Riesen 2009). Damit ist dieses Jahr bereits ein

zweiter Vorschlag zu verzeichnen, Integration auf Bundesebene indikatorengestützt zu beurteilen. Dieses weitere Beispiel belegt die Wichtigkeit und Prominenz des Themas.

Resümee

Der Studie »Ungenutzte Potenziale« des Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung sind nicht trotz, sondern gerade wegen der vorgestellten Kritik viele Leser zu wünschen. Und ebenso viele kritisch-konstruktive Rückmeldungen, um die überfällige Debatte über die »Messbarkeit« von Integrationsprozessen voranzutreiben und über Aspekte, die nicht auf die Menschen mit Migrationshintergrund fokussieren, sondern auf die Integrationskompetenz und Integrationsbereitschaft der Gesellschaft.

Die in politischen Sonntagsreden häufig anzutreffende Feststellung, Integration sei keine Einbahnstraße, wird auch in der Studie paraphrasiert. Folgt man der Redewendung, bleibt zu konstatieren: Die Studie konzentriert sich vorherrschend auf eine Fahrtrichtung. Dies ist ein Veräumnis.

Erforderlich ist, zumindest gleichrangig Indikatoren zu erarbeiten, die die Erkenntnis, Integration sei ein wechselseitiger Prozess, aufgreifen und operationalisieren. Formuliert werden sollten Indikatoren, die institutionelle und rechtliche Zugangsbarrieren messen, beispielsweise zu den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit etc. In den Blick genommen werden müssten aufenthaltsrechtliche Limitierungen, politische Partizipationsmöglichkeiten, Dimensionen wie die Verbreitung stereotyper Fremdheitsbilder, herkunftsfixierte Selektionsdynamiken des Bildungssektors, Ausgrenzungsrhetoriken im öffentlichen Diskurs, gesellschaftliche Akzeptanzdefizite, Diskriminierungserfahrungen und Diskriminierungsempfinden aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe, Häufigkeit rassistischer An- und Übergriffe etc.

Solche Indikatoren auszuarbeiten und den bisher einseitigen Indikatorensets gleichrangig zur Seite zu stellen, steht weiterhin aus. ◆

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine vom Verfasser aktualisierte Fassung eines Artikels aus der Zeitschrift »Migration und Soziale Arbeit«, Heft 2/2009.

Literatur

- Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hg.) 2007: Indikatoren zur Messung von Integrationserfolgen, Berlin.
- Bundesregierung 2008: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung Nr. 201, »Bundesregierung will Integrationserfolge wissenschaftlich messen« vom 4. Juni 2008.
- Filsinger, Dieter 2008: Bedingungen erfolgreicher Integration. Integrationsmonitoring und Evaluation, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Halisch, Judith 2008: Frankfurter Integrationsstudie 2008, Frankfurt am Main.
- Hamburger, Franz 2005: »Die Verschiedenheit dominiert« in: Treffpunkt 2/2005, S.3/4.
- Konsortium Bildungsberichterstattung (Hg.) 2006: Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld.
- Niessen, Jan/Huddlestone, Thomas/Citron, Laura 2007: Index Integration und Migration. Die rechtliche Situation von Migrantinnen und Migranten in Europa (MIPEX), Brüssel.
- Nowak, Jürgen 2007: »Parallelgesellschaften?!« in: Migration und Soziale Arbeit 3/4 2007, S. 165–S172.
- O.N. 2008: »Uunausgegorener Schnellschuss. Laschet rügt Böhmers Integrations-Messplan« in: Frankfurter Rundschau vom 6. Juni 2008, S. 6.
- Riesen, Ilona 2009: »Der IW-Integrationsmonitor« in: IW-Trends – Vierteljahreschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft, Heft 1/2009 (Im Internet unter: www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends01_09_5.pdf; Stand: 26.2.2009).
- Spiegel Online 2009: »Für immer fremd« (Im Internet unter: www.spiegel.de/spiegel/0,1518,druck-603321,00.html; Stand: 29.1.2009).
- Woellert, Franziska/Kröhner, Steffen/Sippel, Lilli/Klingholz, Reiner 2009: Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin. (Im Internet unter <http://www.die-stiftung.de/themen/71-wegweiser-fuer-gute-ffentlichkeitsarbeit.html>; 06.2.2009).